



## Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### Aufklärung über Polizeieinsatz in Rieden und Kaufbeuren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem zuständigen Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport schriftlich und mündlich über den Polizeieinsatz am 06.11.2017 in Rieden und Kaufbeuren zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Treffen Medienberichte zu, wonach eine SEK-Einheit einen 19-jährigen Somalier in der Gemeinschaftsunterkunft in Rieden gesucht und in der Berufsschule in Kaufbeuren verhaftet hat? Welche Erkenntnisse gibt es zu einem möglichen terroristischen Hintergrund?
2. War der laut Medienberichten unter Terrorverdacht stehende 19-jährige Somalier regulär in der Gemeinschaftsunterkunft untergebracht oder bestand die Vermutung, dass er sich dort unrechtmäßig aufhielt? Gibt es Erkenntnisse darüber, seit wann der Somalier sich in Deutschland befindet und wie lange er vor seiner Festnahme schon in der Gemeinschaftsunterkunft in Rieden untergebracht war?
3. Bestand für die Bevölkerung in Rieden und Umgebung ein erhöhtes Sicherheitsrisiko?
4. Treffen Medienberichte (Bayerischer Rundfunk vom 28.03.2017, Kreisbote Kaufbeuren vom 28.03.2017, Bayernkurier vom 27.04.2017) zu, wonach ein hochrangiger Taliban-Kommandeur im März 2017 in der Gemeinschaftsunterkunft in Rieden (Landkreis Ostallgäu) festgenommen wurde, dem insgesamt 16 Morde zur Last gelegt werden? Hielt sich dieser legal in der Unterkunft auf

oder hat er dort Unterschlupf gefunden? Ist das beim Generalbundesanwalt geführte Verfahren bereits abgeschlossen? Mit welcher Abschlussverfügung? Wie ist der Verfahrensstand derzeit?

5. Am 25.08.2017 kam es in der Gemeinschaftsunterkunft Rieden zu einer weiteren versuchten Gewalttat gegenüber einer Mitarbeiterin des Landratsamts Neu-Ulm. Diese wurde mit einer großen Glasscherbe bedroht. Wie ist der Stand der Ermittlungen? Wegen welcher Delikte untersucht die Staatsanwaltschaft eine Strafbarkeit? Befindet sich der Beschuldigte in Untersuchungshaft?
6. Wie beurteilt die Staatsregierung die Sicherheitslage in Bezug auf Terrorverdacht im Raum Kaufbeuren/Rieden? Ist hier eine erhöhte Gefährdungssituation gegeben?
7. Wie beurteilt die Staatsregierung die beiden Vorfälle, in denen der Generalbundesanwalt ermittelt (hat)? Handelt es sich hierbei um eine auffällige Häufung? Sind Rückschlüsse zulässig, wonach sich weitere Personen in der Region Kaufbeuren/Rieden befinden, die einen terroristischen Hintergrund haben? Gibt es Erkenntnisse darüber, dass die beiden Festgenommenen weitere Kontakte zu anderen Terrorverdächtigen in der Bundesrepublik Deutschland oder im Ausland hatten?

### Begründung:

Medienberichten zufolge hat es bereits im März 2017 die Verhaftung eines hochrangigen Taliban-Anführers gegeben. Nun hat im November ein weiterer Zugriff stattgefunden, wo ein 19-jähriger Somalier unter Terrorverdacht festgenommen wurde. Die Medien berichten von einem SEK-Einsatz, der die Bevölkerung greiflicherweise verschreckt hat. Es tauchen nun mehr und mehr Fragen danach auf, wie es um die Sicherheits- und Gefährdungslage in Kaufbeuren, Rieden und Umgebung bestellt ist.

Im der Gemeinschaftsunterkunft in Rieden hat es zudem im August einen Vorfall gegeben, bei dem ein nach Rieden verlegter Asylbewerber eine Mitarbeiterin des Landratsamts Neu-Ulm bedroht hat. Es ist ebenfalls zu einem Polizeieinsatz gekommen. Auch dieser Vorfall hat hohe Wellen geschlagen.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir nunmehr, dass dem zuständigen Ausschuss ein schriftlicher und mündlicher Bericht über die Vorfälle gegeben wird.